

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Haushaltsberatungen in SW sind dann, wenn die Pressebank verräumt wird, die Journalistinnen und Journalisten der Mainpost bei der SPD Platz nehmen müssen, was Ihnen mitunter und völlig zu Unrecht misstrauische Blicke einbringt, und dann die Finanzreferentin und der Baureferent eine beeindruckende Schautafel präsentieren, mit der die Beratungen eigentlich schon beendet sein könnten.

Die Schautafel zeigt nämlich auf, was in den nächsten Jahren in Schweinfurt passieren wird. Und zwar egal, ob der Stadtrat sich bereits damit befasst hat, ob es schon beschlossen ist, oder ob es Projekte sind, die dort zum ersten Mal auftauchen.

Diese Schautafel ist die geschickte, neue Form der Stadtratsdisziplinierung.

Früher war es so, dass die Kämmerer zu Beginn der Beratungen in ihren Berichten immer den – dieses Mal aber wirklich – nahenden haushaltspolitischen Notstand an die Wand malten oder warfen. Nun ist es diese Tafel, die uns als Stadtrat zeigt: egal, was ihr beschließt, im Großen und Ganzen ist das Geld für die nächsten 10 Jahre verplant und das Personal ausgelastet.

Beschäftigt euch daher besser mit Wasserspendern und Vereinsmediatoren, mit Kellerkataster und hydraulischer Absenkung.

Nebenbemerkung fürs Protokoll: die genannten Punkte sind nur als Beispiele zu verstehen und deren Sinnhaftigkeit wird von mir selbstverständlich nicht in Frage gestellt.

Beschäftigt euch also mit Wasserspendern und Vereinsmediatoren, mit Kellerkataster und hydraulischer Absenkung.

Wichtig ist nur: es darf nicht viel Geld kosten und allzu viel Arbeit soll es auch nicht machen.

Das ist jetzt sicher etwas zugespitzt und ich bin der letzte, der nicht großen Respekt zollt, dass einmal mehr die Kämmerin und der Baureferent bis in die Niederungen einzelner Teilhaushalte hervorragend präpariert waren und mit großem Sachverstand durch die Beratungen führten.

Dazu an dieser Stelle schon einmal unseren herzlichen Dank.

Dennoch ist es natürlich schon bedenklich, wenn Projekte in diesen Schautafeln zum ersten Mal auftauchen, noch gar nicht beschlossen sind oder zumindest nicht in dem Umfang und dann als Quasifakten präsentiert werden und damit den Gestaltungsspielraum des Stadtrats insgesamt deutlich einschränken.

Es ist somit wichtig zu betonen: diese Schautafel stellt **ein mögliches** Szenario dar. Ob und in welchem Umfang die einzelnen Projekte denn tatsächlich kommen, verbleibt am Ende die Entscheidung dieses Gremiums.

Nachdem die CSU in der Regel jedoch ihre Beiträge in den letzten Haushaltsberatungen im Großen und Ganzen eben auf die benannten genehmen Bereiche, also Wasserspender, etc. beschränkt und ansonsten im Kern verkündet: der Arbeit der Verwaltung wird zugestimmt, kann sich ebendiese Verwaltung relativ sicher sein, dass die Schautafel dann auch Realität wird.

Und es zeigt sich wieder:

Die Schwäche des Stadtrats ist die Stärke der Verwaltung – und umgekehrt.

Diese Schwäche – und es tut mir leid, wenn ich das an dieser Stelle so deutlich sagen muss, diese Schwäche bezieht sich dann vor allem auf diejenigen, die mit der Mehrheit, sogar mit einer fast absoluten Mehrheit, im Prinzip einen ganz anderen Gestaltungsrahmen hätten.

Was könnte man aus der Position der Stärke, mit diesen Rücklagen alles machen. Aber Oberbürgermeister und CSU überlassen das der fleißigen Verwaltung.

Und ja ich weiß, OB und Stadtrat sind Teil der Verwaltung, einer davon ihr Chef.

Deswegen wird die Feststellung nicht weniger richtig.

Ein zweites Problem für die Entscheidungshoheit des Stadtrats ist, dass wir in der Vergangenheit immer wieder feststellen mussten, dass selbst Dinge, die bei den HH-Beratungen beschlossen wurden, dann gar nicht umgesetzt wurden. Aus welchem Grund auch immer.

Dieses auch noch zu überwachen, überstieg bisher wirklich die Möglichkeit ehrenamtlich tätiger Räte.

Mit dem beschlossenen Antrag, für jeden Haushaltstitel die entsprechend abgerufenen Mittel abzubilden haben wir künftig zumindest ein gutes Hilfsmittel.

Dr. End hat diesen Antrag für unsere Fraktion unter großem Wohlwollen der Kämmerei eingebracht.

Zurück zur Schautafel.

Wie im letzten Jahr wurde uns also zunächst gezeigt, welche Großprojekte uns erwarten.

Und damit das auch klar ist: Wir kritisieren ja nicht, dass sich die Stadt Schweinfurt ambitionierten Großprojekten stellt. Die gehören zu einer Stadtentwicklung und symbolisieren auch den Wandel, den eine Stadtgesellschaft erfährt.

Wir kritisieren aber, wenn die Personalausstattung damit nicht Schritt hält und durch diese Großprojekte andere wichtige Vorhaben nicht mehr bearbeitet werden können.

Wir kritisieren daher auch nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die in einigen Ämtern bereits gewaltige Überstundenberge aufgetürmt haben und die trotzdem als Team Tag für Tag fast überall eine herausragende Leistung liefern, wofür an dieser Stelle ebenso ein großer Dank auszusprechen ist.

Wir kritisieren die für die Personalentwicklung Verantwortlichen, den Personalreferenten und Oberbürgermeister, der dafür sorgen muss, dass für ambitionierte Planungen rechtzeitig die richtigen Personalstrukturen geschaffen werden.

Wir kritisieren, dass der Personalreferent auch im Blick haben muss, dass bei zentralen Positionen rechtzeitig für Nachfolge zu sorgen ist. Hier erleben wir in den letzten Jahren ein ums andere Mal Versäumnisse, die dann die verbleibenden oder neuen Beschäftigten ausbaden müssen – mit allen Konsequenzen.

Kommen wir zu den Inhalten der Beratungen.

Aus der Opposition heraus kann man bei Haushaltsberatungen nur etwas bewirken, wenn man sich intensiv und umfassend vorbereitet.

Die SPD beschäftigt sich deswegen über das gesamte Jahr mit der Erarbeitung der Schwerpunkte, angefangen mit internen Beratungen, mit den Erkenntnissen aus unseren Veranstaltungen „Fraktion vor Ort“ und „Tür zu Tür“, bis hin zu den Abstimmungen mit den Referenten über die einzelnen Teilhaushalte.

Herausgekommen sind über 20 Anträge, die wir eingebracht haben, z.T. zu Erwartende, z.T. auch neue, vielleicht auch Überraschende. Aber, das Überraschende haben wir nicht exklusiv, siehe Prüfantrag Ernst-Sachs-Allee oder Straßenbahn (nebenbei - im Wahlprogramm 2014).

Es freut uns, dass viele Anträge die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses gefunden haben.

So erhalten ab dem nächsten Jahr die Beschäftigte im Rathaus einige Erleichterungen bei Hitze und für die Arbeitsplatzgestaltung.

Die Stadt wird dort grüner, wo aufwändiges Graben und Pflanzen von Bäumen – aus welchen Gründen auch immer – nicht möglich ist.

Der Wildpark erhält endlich ein Parkraumkonzept, das den Besuchern die Navigation erleichtert und die Anwohner vor den negativen Auswirkungen des Besuchererfolgs entlastet.

Nicht alleine auf uns zurückzuführen, aber von uns deutlich unterstützt, wird die zeitlich nahtlose Fortführung des Kinder- und Jugendtreffs Scheibe fürs Bergl.

Erfreulich auch, dass die unterirdischen Wurzeln unserer Stadt weiter erforscht werden und das Kellerkataster fortgeschrieben wird.

Ebenso ist es gut, dass beim Ferienpass die Rahmenbedingungen klarer, transparenter und besser nachvollziehbar werden, damit nicht nur mehr, sondern auch mehr aus den wichtigen Zielgruppen diese Angebote wahrnehmen.

Das alles und einiges mehr ist positiv und wir freuen uns sehr, dass wir hierfür Mehrheit erhalten haben.

Auf der anderen Seite sind wir enttäuscht, bei für uns zentral wichtigen Punkten die Mehrheit der Mitglieder im Ausschuss nicht überzeugt zu haben.

Thema Wohnraum:

Wir können froh sein, dass wir in SW mit der SWG eine leistungsstarke städtische Wohnungsbaugesellschaft haben, die viel leistet und kontinuierlich baut und renoviert, ganz klar.

Aber reicht das aus? Wir meinen nein. Im Bereich der günstigen Mieten haben wir Bedarf. Über die Höhe des Bedarfs kann man unterschiedlicher Meinung sein. Nicht aber über den Grundsatz.

Es hilft uns daher nichts, wenn in der Stadt viele Eigentumswohnungen entstehen, die dann zu Renditepreisen vermietet werden sollen.

Es hilft uns auch wenig, wenn die SWG neu baut und dann, wie aktuell in der Ludwigstraße 9€/qm nehmen muss. Diese 9€ sind im Übrigen nicht überteuert. Kein Vorwurf an die SWG. Das ist der Preis, der sich heute ergibt, wenn man frei baut.

Aber: Diese Wohnungen helfen nicht den Alleinerziehenden, sie helfen nicht den Geflüchteten, die sich hier niederlassen möchten oder müssen, sie helfen nicht den Menschen mit geringem Einkommen.

Und das wissen Sie auch, Herr Oberbürgermeister.

Wenn nun also, wie der BV zum vorherigen Tagesordnungspunkt zu entnehmen war, die Förderprogramme des Freistaats das Thema „Sozialer Wohnungsbau“ ausreichend sind und die Stadt diese Förderung durch den Wohnungspakt trotzdem nicht offensiv nutzt, kann die Begründung nur lauten: die CSU und der Oberbürgermeister möchten, wie die Amtsvorgängerin von Ihnen, Herr Remelé, dies unumwunden klarstellte, nicht noch mehr Wohnraum schaffen, um ein Klientel anzulocken, dass Transferleistungen bezieht. Das halten wir für sozialpolitisch fatal, treten nämlich die Schwachen der Gesellschaft in einen Wettstreit, den keiner gewinnen kann.

Thema Baulandentwicklung:

Wenn wir uns vor Augen führen, wie lange es gedauert hat an der Eselshöhe, von der Entscheidung bis zum ersten Spatenstich, ist es völlig unverständlich, warum wir uns sehenden Auges in eine Situation manövrieren, in SW ganz bald – und das heißt in ein bis zwei Jahren - kein Bauland mehr anbieten zu können. Die Entwicklung der Gebiete Pfannäcker und Mönchskutte sind die vorerst letzten Chancen, neue Wohnbebauung in Schweinfurt zu ermöglichen. Dies jetzt nicht anzugehen, trifft auf unser völliges Unverständnis.

Es ist auch nicht zu durchschauen, welche schlaue Strategie dahinterstecken soll, wenn Schweinfurt für einige – mehr oder weniger viele – Jahre Interessenten kein Angebot machen kann.

Es kann aus Sicht eines für die Stadt Verantwortlichen zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht zielführend sein, zu sagen, wer dann nichts mehr in SW finde, könne er ja durchaus in den Landkreis ziehen. Wie in den HH-Beratungen vom Oberbürgermeister zu vernehmen war.

Sozialer Wohnungsbau und Ausweisung von neuem Bauland sind zwei Seiten derselben Medaille. Bauland zieht junge Fachkräfte und ihre Familien an und sorgt dafür, dass der im Vergleich niedrige Anteil an Einkommenssteuer im Gesamtsteueraufkommen steigt. Das Vorhalten von Wohnungsbaugebieten und bezahlbarem Wohnraum gehört zentral zur Zukunftsfähigkeit einer Stadt. Diese Entwicklung zu verschlafen, ist aus unserer Sicht ein schwerer Fehler.

Thema Bildung:

„Unsere Gesellschaft wird nicht primär am Hindukusch verteidigt, sondern die Verteidigung unserer offenen-demokratischen Gesellschaft beginnt jeden Morgen an den Schulbänken.“

Ulrich Trautwein, Bildungsforscher

Wir haben heute bereits intensiv über unseren Antrag zu den pädagogischen Hilfskräften diskutiert. Daher kann ich mich hier kurzhalten.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen für die intensive Befassung mit diesem Thema.

Viele von Ihnen haben mit sich und dieser Entscheidung gerungen. Wir freuen uns sehr, dass es gelungen ist, hier einen ganz wichtigen Schritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit zu tun.

Wir leisten damit einen bedeutenden Beitrag – um im Bild zu bleiben - zur Verteidigung unserer offenen-demokratischen Gesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir befinden uns auf allen politischen Ebenen in Deutschland in einer schwierigen Gesamtsituation. Selbstverständlichkeiten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung werden in Frage gestellt, die Lösungskompetenz unserer repräsentativen Demokratie wird bezweifelt.

Ich finde aber, diese Haushaltsberatungen waren – das muss bei allen inhaltlichen Differenzen festgehalten werden – wieder ein Paradebeispiel für fairen kommunal-parlamentarischen Umgang.

Wir haben hart in der Sache diskutiert, aber gezeigt, dass der Kompromiss kein Kuhhandel ist, sondern ein zentrales Wesensmerkmal der Demokratie. Dies gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern offensiv zu vertreten, ist Verpflichtung für uns alle, so wir uns für diese freiheitlich-demokratischen Grundordnung verantwortlich fühlen.

Dies fällt jedoch immer schwerer, dies nach außen zu vermitteln, wenn alleine die Mainpost sich noch interessiert zeigt, unsere Debatten zu durchleuchten, einzuordnen und abzubilden.

Die Reichweite der Tageszeitung ist bekanntlich leider begrenzt.

Die Nicht-Tageszeitungsbezieher, die glauben mit Anzeigenblättchen oder über Facebook substantielle und ausgewogene Informationen zu erhalten, irren sich. Sie sind schlicht weniger gut informiert. So einfach kann man das sagen.

Uninformiertheit verstärkt jedoch den Eindruck vieler Menschen, wir würden uns gar nicht mehr um ihre Belange kümmern.

Die Beratungen hier haben aber gezeigt, dass wir das sehr wohl tun. Und zwar mit großem Aufwand, im Ehrenamt, tun.

Es ist aber ebenso zu überlegen, ob wir für die Haushaltsberatungen nicht auch neue Wege der Vermittlung suchen sollten.

Ich denke an ein eigenes Stadtrats-TV, das allerdings kein Verkündungsorgan sein darf, sondern auch dort journalistisch betreut werden muss.

Hätten wir das in diesem Jahr bereits gehabt, wäre zB deutlich geworden, wer sich wie und mit wie viel Aufwand eingebracht hat – und wer nicht, weder durch Anwesenheit, noch durch Anträge.

Oder, um es in Anlehnung an die Entgegnung der Bundeskanzlerin auf die

„Haushaltsrede“ der AfD-Fraktionsvorsitzenden zu sagen: Das Schöne an Haushaltsberatungen ist, dass jeder so viel beiträgt, wie ihm seine Stadt wichtig ist.“

Es ist schon ein bemerkenswerter Umstand, mit welcher Ignoranz diese angebliche „Partei des Volkes“ die echten Probleme der Bevölkerung betrachtet.

Auch das müssen wir gemeinsam deutlich machen.

Aber zurück zur Sache:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

abschließend darf ich festhalten, dass wir als SPD wichtige Elemente in diesen Haushalt 2019 hineinbringen konnten. Wir können damit die Lebensbedingungen von vielen

Schweinfurterinnen und Schweinfurter verbessern.

Ich denke, ich konnte aber auch klar machen, an welchen Stellen wir deutliche Kritik haben.

Dennoch wäre es als Opposition etwas vermessen, bei diesen Erfolgen beleidigt zu sein.
Die SPD-Fraktion wird daher dem Haushalt 2019 zustimmen.

Ralf Hofmann, 27.11.2018

Es gilt das gesprochene Wort.